

Dahme, Heinz-Jürgen: Otto, Hans-Uwe; Trube, Achim; Wohlfahrt, Norbert (Hrsg.): Soziale Arbeit für den aktivierenden Staat. Opladen 2003

Foucault, Michel: Geschichte der Gouvernementalität. Frankfurt am Main 2004

Kant, Immanuel: Über Pädagogik. In: Schriften zur Anthropologie, Geschichtsphilosophie, Politik und Ethik. Darmstadt 1998

Kessl, Fabian: Der Gebrauch der eigenen Kräfte. Eine Gouvernementalität sozialer Arbeit. Weinheim/München 2005

Kessl, Fabian; Otto, Hans-Uwe: Gouvernementalität und Soziale Arbeit. Kontrolle und Selbstführung von Akteuren und Einrichtungen. In: Sozial Extra 8-9/2003, S. 15-16

Kirchgässner, Gebhard: Homo oeconomicus. Das ökonomische Modell individuellen Verhaltens und seine Anwendung in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Tübingen 2008

Kurzke-Maasmeier, Stefan: Aktivierende Soziale Arbeit im reformierten Sozialstaat. Professionelle Herausforderungen und sozialethische Kritik. In: Kurzke-Maasmeier, Stefan; Mandry, Christof; Oberer, Christine: Baustelle Sozialstaat! Sozial-ethische Sondierungen in unübersichtlichem Gelände. Münster 2006, S. 111-128

Kurzke-Maasmeier, Stefan; Mandry, Christof: Anthropologie und Ethik Sozialer Arbeit angesichts einer „Ökonomisierung des Sozialen“ – die Perspektive der Ausbildung. In: Sozialpsychiatrische Informationen 4/2005, S. 32-36

Lutz, Ronald: Perspektiven der Sozialen Arbeit. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 12-13/2008, S. 3-10

Schumak, Renate: Die neue Anthropologie des Arbeitslosen. Diskursanalyse eines Gesetzestextes: Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II). In: Widersprüche. Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich 94/2004, S. 75-87

Wegner, Gerhard: Aktivierung subjektiver Selbstführung – Hilfe oder Herrschaft? Über die Zivilisierung der Fürsorge am Beispiel des SGB II. In: Zeitschrift für Evangelische Ethik 4/2008, S. 266-285

► Allgemeines

Spanish NGO monitoring organization Fundación Lealtad joins ICFO. The International Committee on Fundraising Organizations (ICFO) welcomes Fundación Lealtad, the Spanish monitoring agency for nongovernmental organizations, as its newest member. „Although founded only eight years ago, Fundación Lealtad has already established a very impressive and effective monitoring system for NGOs. It provides most valuable information and guidance for private as well as corporate donors in Spain. We are delighted to welcome Fundación Lealtad in ICFO, the worldwide ‚family‘ of national monitoring agencies for charitable organizations“, said Rollin van Broekhoven, President of ICFO. Fundación Lealtad analyzes the NGOs which voluntarily request to have their organization and its activities monitored and the results are reflected in a transparency report which details the NGOs' compliance with each of the Standards; the analysis is carried out free of charge. Each NGO report is available for free on the website www.fundacionlealtad.org and the overall results of all the analyzed NGOs are annually published in the „Transparency and Best Practices Guide to Spanish NGOs“. ICFO was established in 1958. Its member organizations have sophisticated national and common international standards for good governance and management of charities (www.icfo.de). *Quelle: Pressemitteilung des ICFO vom 22. Juni 2009*

Steigender Frauenanteil in hochqualifizierten Berufen. Laut einer Untersuchung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesagentur für Arbeit (IAB) gewinnen Frauen in hoch qualifizierten Berufen zunehmend an Terrain. So sei ihr Anteil in naturwissenschaftlichen Berufen seit dem Jahr 1994 von 20 % auf 30 % gestiegen. In sozialversicherungspflichtigen Tätigkeiten im Bereich der Zahnmedizin, der Tiermedizin und der Geisteswissenschaften habe sich sogar ein Zuwachs um mehr als zehn Prozentpunkte ergeben. Zugleich beobachtete das IAB eine Verringerung des Frauenanteils in nicht akademischen Männerberufen, wie beispielsweise in der Forst- und Baubranche. Da sich im Hinblick auf das Arbeitslosigkeitsrisiko, die Karrierechancen und das Lohnniveau weiterhin deutliche Unterschiede zeigten, könne trotz positiver Entwicklungen von einer Gleichberechtigung der Geschlechter noch nicht die Rede sein. *Quelle: Presseinformation des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 6.2009*

Umsetzungsbericht zum Berliner Integrationskonzept. Die Grundsätze einer umfassenden und strategisch ausgerichteten Integrationspolitik wurden vom Berliner Senat erstmals im Jahr 2005 im Berliner Integrationskonzept festgelegt, auf dessen Grundlage unter dem Leitmotiv „Vielfalt fördern – Zusammenhalt stärken“ eine Umorientierung in Richtung Bleibepolitik erfolgte mit dem Ziel, die Potenziale der Zugewanderten wahrzunehmen und ihre juristische Gleichstellung und Chancengleichheit zu fördern.

Nach der Einrichtung eines Senatsressorts für Integration im Jahr 2006 erfolgte 2007 eine Erweiterung des Integrationskonzepts durch die Benennung von 45 konkreten Leitprojekten, deren Erfolge in dem nun vorliegenden Umsetzungsbericht entlang einer Reihe von Indikatoren bewertet werden. Der Bericht macht deutlich, dass es nach wie vor große Herausforderungen gibt. Trotz positiver Entwicklungen in den Bereichen Beschäftigung und Schule sei die Arbeitslosenquote der Migrantinnen und Migranten mit 31,4 % zu hoch und auch der überproportionale Anteil der Migrationsjugendlichen ohne Schulabschluss oder Berufsausbildung unterstreiche den Handlungsbedarf. Im Internet sind der Umsetzungsbericht und die dazu im Berliner Integrationsmonitor 2009 zusammengestellten statistischen Daten unter www.berlin.de/lb/intmig/integrationskonzept.html zu finden. *Quelle: Pressemitteilung der Berliner Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales 6.2009*

Bundesgesetzblatt online. Das Bundesgesetzblatt (BGBl) ist ab sofort vollständig online abrufbar. Somit können nun alle Ausgaben des BGBl per Internet eingesehen und heruntergeladen werden. Diese Möglichkeit bestand bisher für Teil I des BGBl nur bis in das Jahr 1999 und für Teil II bis 2002. Inzwischen wurden alle Bundesgesetzblätter, die seit dem Jahr 1949 erschienen sind, digitalisiert und als PDF allgemein zugänglich online gestellt. *Quelle: praxis+recht 3.2009*

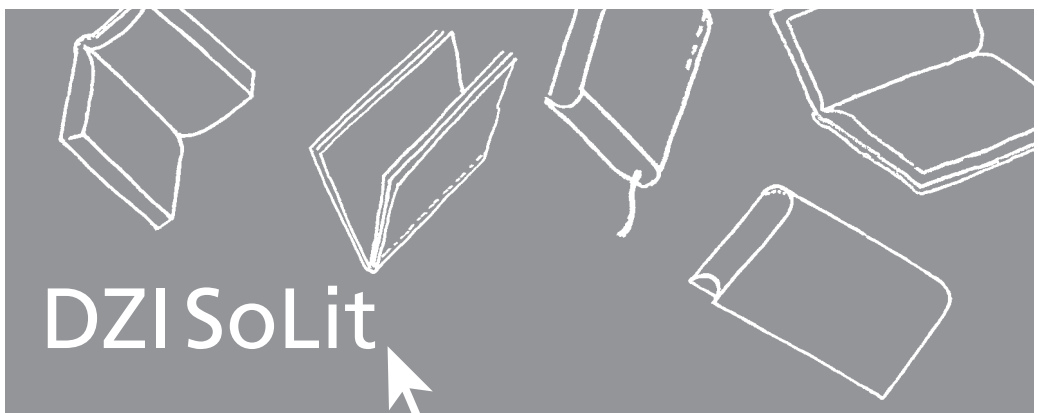
► Soziales

Arbeitslose haben Recht auf anwaltliche Hilfe. Nach einer Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts (Az: 1 BvR 1517/08) haben Hartz-IV-Beziehende einen Anspruch auf kostenlose anwaltliche Hilfe, wenn sie gegen ihren ALG-II-Bescheid Widerspruch einlegen wollen. Das Gericht in Karlsruhe begründete diese Entscheidung mit dem existenziellen Charakter des ALG II und der komplizierten Ausgestaltung der sozialrechtlichen Bestimmungen. Im verhandelten Fall wollte eine Hartz-IV-Empfängerin aus Zwickau gegen ihren ALG-II-Bescheid Widerspruch einlegen, weil ihr nach einem Krankenhausaufenthalt die Leistung gekürzt worden war. Das Amtsgericht lehnte die Bewilligung der von der Frau beantragten kostenlosen anwaltlichen Hilfe mit dem Hinweis ab, sie könne sich stattdessen auch vom zuständigen Jobcenter beraten lassen – eine

Option, die das oberste deutsche Gericht als verfassungswidrig einstufte. Es könne der Arbeitslosen nicht zugemutet werden, „den Rat derselben Behörde in Anspruch zu nehmen, deren Entscheidung sie im Widerspruchsverfahren angreifen will“. Der vom sächsischen Justizministerium vorgebrachte Einwand, auf diese Weise Haushaltsmittel einsparen zu können, fand in Karlsruhe kein Gehör. *Quelle: Berliner Zeitung vom 19. Juni 2009*

Keine Steuerermäßigung bei Barzahlung haushaltsnaher Pflegedienste. Rechnungen für haushaltsnahe Dienstleistungen, zu denen auch Pflege- und Betreuungsleistungen zählen, können bei Barzahlung nicht mehr von der Steuer abgesetzt werden. Wie der Bundesfinanzhof (BFH) entschied, muss hierfür ein Überweisungsbeleg vorliegen (Az. VI R 14/08). Abzugsfähig sind 20 % der gesamten Pflegekosten, wobei der Höchstbetrag von 1 200 Euro zum Jahresbeginn 2009 auf 4 000 Euro erhöht wurde, um die illegale Beschäftigung einzudämmen. Im Hinblick auf diese Zielsetzung sei es nicht ausreichend, wenn der Pflegedienst eine Barzahlung auf der Rechnung bestätige. Anerkannt werde nur die bankmäßige Dokumentation. *Quelle: Lebenshilfe-Zeitung 2.2009*

Kindergeld und Freiwilligendienst. Mit dem dreijährigen Programm „Freiwilligendienste aller Generationen“ bestehen seit Beginn dieses Jahres überall in Deutschland neue Möglichkeiten zum sozialen Engagement. Ausgangspunkt war das Modellprogramm „Generationsübergreifende Freiwilligendienste“, dessen Angebote nun Schritt für Schritt bundesweit umgesetzt und mit den Strukturen vor Ort vernetzt werden sollen. Die Einsatzfelder reichen von Kinder- und Jugendbetreuung über die Pflege von Seniorinnen und Senioren, der Unterstützung von Menschen mit Behinderung bis hin zu relativ neuen Feldern wie Kultur, Migration und Naturschutz. Zur Stärkung des Projekts billigte der Bundesrat am 9. Juli 2009 ein Gesetz, wonach Eltern von Jugendlichen, die einen solchen Dienst ableisten, weiterhin Kindergeld erhalten, sofern das Einkommen der Kinder die Grenze von 7 680 Euro im Jahr nicht überschreitet. Die Regelung soll rückwirkend ab 1. Januar 2009 in Kraft treten. Informationen unter www.freiwilligendienste-aller-generationen.de *Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 7.2009*



Gemeinsam Ziele erreichen, Synergien nutzen. Netzwerke als zeitgemäße Kooperationsform für Organisationen. Von Daniel Hoffmann und Annette Scholl. Hrsg. Kuratorium Deutsche Altershilfe. Selbstverlag. Köln 2008, 72 S., kostenlos *DZI-D-8744*

Das Forum Seniorenarbeit NRW, ein Projekt des Kuratoriums Deutsche Altershilfe in Kooperation mit der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe, publiziert regelmäßig Hefte zu verschiedenen Schwerpunkten der Sozialen Arbeit mit älteren Menschen. Im Mittelpunkt dieser Dokumentation stehen die Netzwerkarbeit und deren Grundlagen, Erfolgsfaktoren und Gestaltung. Zahlreiche Praxisbeispiele und Portraits beschreiben die jeweiligen Ziele sowie Zielgruppen, Leistungen und Methoden der vorgestellten Netzwerke. Wer sich für den dargestellten Themenbereich interessiert, findet hier zudem nützliche Links und weiterführende bibliographische Hinweise. Bestelladresse: Kuratorium Deutsche Altershilfe, An der Pauluskirche 3, 50677 Köln, Tel.: 0221/93 18 47-71, E-Mail: annette.scholl@kda.de, Internet: www.forum-seniorenarbeit.de

Erhöhung der Hartz-IV-Regelsätze. In Anlehnung an die Renten Anpassung erhalten auch Hartz-IV-Beziehende ab Juli 2009 höhere Leistungen. Nach Informationen der Bundesagentur für Arbeit ergab sich für Alleinstehende und Alleinerziehende ein Anstieg von 351 auf 359 Euro, für volljährige Partner von 316 auf 323 Euro. Eltern von Kindern zwischen 15 und 25 Jahren erhalten statt 281 nun 287 Euro, für Kinder bis zur Vollendung des 6. Lebensjahres liegt der um vier Euro erhöhte Betrag bei 215 Euro. Eine neue, von der Rentenerhöhung unabhängige Sozialgeldstufe wurde für Kinder zwischen 7 und 14 Jahren geschaffen. Für diese Altersgruppe fiel die Anhebung mit 40 Euro deutlich großzügiger aus – der aktuelle Satz beläuft sich auf 251 Euro. *Quelle: www.arbeitsagentur.de vom 17. Juni 2009*

► Gesundheit

Neue Studie zu psychischen Krankheiten. Laut einer Erhebung, die im Jahr 2008 von der Bertelsmann Stiftung für den Gesundheitsmonitor durchgeführt wurde, suchten gut ein Fünftel der 1100 Befragten im Zeitraum von Herbst 2007 bis Herbst 2008 medizinische oder psychotherapeutische Hilfe wegen psychischer Probleme. Erste Anlaufstelle war für die meisten (87 %) ihre hausärztliche Praxis, in der aber nur in 8,4 % der Fälle eine psychische Erkrankung diagnostiziert wurde. Von denjenigen hingegen, die psychiatrische oder psychotherapeutische Dienste in Anspruch genommen hatten, erhielten gut die Hälfte (53 %) eine entsprechende Diagnose. Nach Angaben der Bundespsychotherapeutenkammer erkranken in Deutschland jährlich mindestens 5 Millionen Menschen an einer schweren psychischen Störung. Höchstens 1,5 Millionen könnten ambulant oder stationär betreut werden. Auch sinke mit zunehmendem Alter der Betroffenen die Qualität der therapeutischen Versorgung. Weitere Informationen sind im Newsletter 2009-01 auf der Seite www.gesundheitsmonitor.de zu finden. *Quelle: [Gesundheit und Gesellschaft](http://www.gesundheitundgesellschaft.de) 6.2009*

Haushaltshilfen ergänzen die Pflege. Eine Studie des Deutschen Instituts für angewandte Pflegeforschung, die im Auftrag des Deutschen Caritasverbandes durchgeführt wurde, ergab, dass schätzungsweise rund 100 000 Frauen

aus Mittel- und Osteuropa die häusliche Betreuung pflegebedürftiger Menschen in Deutschland unterstützen. Tätig seien die überwiegend nicht angemeldeten Haushaltshilfen meist bei über 80-jährigen alleinlebenden Frauen. Laut Caritas-Präsident Peter Neher zeigt die Studie den hohen Bedarf an passgerechten Angeboten. Bei der Befragung von 154 Familien und 261 ambulanten Pflegediensten stellte sich heraus, dass vier von fünf Familien die bestehenden ambulanten Dienste nicht für ausreichend halten, um die tägliche Grundversorgung zu gewährleisten. 43 % sehen eine Hilfskraft als ideale Ergänzung. Nach Angaben der Pflegedienste wird der durch die Haushaltshilfen entstehende Verlust an Aufträgen relativiert durch den längeren Verbleib der Pflegebedürftigen daheim. *Quelle: [Gesundheit und Gesellschaft](http://www.gesundheitundgesellschaft.de) 6.2009*

Familien kultursensibel pflegen. Ein interkulturelles Begleitheft zum Familienpflegeratgeber. Hrsg. Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz. Selbstverlag. Mainz 2008, 68 S., kostenlos *DZI-D-8649*

Der erstmals im Jahr 2005 publizierte Familienpflegeratgeber des Familienministeriums Rheinland-Pfalz wurde auch außerhalb dieses Bundeslandes mit großem Interesse aufgenommen. Als Ergänzung befasst sich dieses Begleitheft nun speziell mit Themen, die für die Pflege in Familien mit Migrationshintergrund besonders relevant sind. Um auf den spezifischen Unterstützungsbedarf einzugehen, sei es beispielsweise wichtig, Hilfen für die Kommunikation und ein adäquates Wohnumfeld bereitzustellen. Die Handreichung beantwortet die wichtigsten juristischen Fragen, nennt Adressen von zuständigen Institutionen und gibt Hinweise zu weiterführender Literatur. Bestelladresse: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz, Referat für Reden und Öffentlichkeitsarbeit, Bauhofstraße 9, 55116 Mainz, Tel.: 061 31/16 20 16, E-Mail: Bestellservice@masgff.rlp.de, Internet: www.masgff.rlp.de

Neuer Computerbildschirm für Blinde und Sehbehinderte. Das Forschungsprojekt Hyperbraille entwickelte eine neue Variante des Laptop, die durch eine berührungsempfindliche Stiftplatte einen barrierefreien Zugang zu graphischen Elementen am Bildschirm ermöglicht. Webseiten, Tabellen und andere visuelle Informationen sind damit auch für Blinde und Sehbehinderte lesbar. Bis zum Projektende im Jahr 2010 soll eine Implementierung aller gängigen Office-Programme erfolgen. Gefördert wurde das Projekt, an dem auch die Universität Potsdam beteiligt war, vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Weitere Informationen stehen im Internet unter www.hyperbraille.de. *Quelle: [Paritätischer Rundbrief](http://www.paritaetischer-rundbrief.de) 6.2009*

Untersuchung zur häuslichen Pflege. Obwohl zwei Drittel aller auf Hilfe angewiesenen älteren Menschen zuhause und überwiegend von Angehörigen versorgt werden, gelten die Regelungen des Betreuungsrechts hier nicht und die Einhaltung der Freiheits- und Menschenrechte entzieht sich der Überprüfung. Für die Evangelische Hochschule Freiburg und die Fachhochschule Frankfurt bot diese Grauzone Anlass zu einem interdisziplinären Forschungsprojekt mit dem Ziel der Untersuchung von Aspekten freiheitsentziehender Maßnahmen in der häuslichen Pflege. Ein inter-

nationales Expertenteam aus den Bereichen Pflege, Sozialarbeit und Soziologie befasst sich seit Mai dieses Jahres mit den Fragen, wie die Angehörigen Erwerbsarbeit und Pflege vereinbaren, wie sie mit Ängsten und möglichen Gefahren umgehen und wie die zuständigen Ärztinnen und Ärzte in prekären Situationen reagieren. Weitere Themen der vom Bundesministerium für Bildung und Forschung finanzierten Studie sind die Erscheinungsformen und Hintergründe der häuslichen Pflege, deren Ausmaß und die betreffenden Umgangsweisen im städtischen und ländlichen Raum. *Quelle: Pressemitteilung der Evangelischen Hochschule Freiburg 6.2009 vom Juni 2009*

Institut für Patientensicherheit. An der Medizinischen Fakultät der Universität Bonn wurde am 8. Mai 2009 das bundesweit erste Institut für Patientensicherheit (IFPS) offiziell eröffnet. Das IFPS, das bereits zum Jahresanfang seine Arbeit aufgenommen hatte, soll wissenschaftliche Erkenntnisse sammeln, um auf deren Grundlage Maßnahmen zur Stärkung der Patientensicherheit zu entwickeln. Zu Gast bei der Eröffnungsfeier war auch Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, die den Bedarf an umfassenden Informationen zur Erhöhung der Patientensicherheit unterstrich. Die Einrichtung des Instituts sei ein Meilenstein für mehr Qualität in der medizinischen Versorgung und erhöhe den Stellenwert des Themas in der Forschung. Seine Entstehung verdankt das IFPS der Arbeit des Aktionsbündnisses Patientensicherheit e.V., dem eine Vielzahl von Akteuren des Gesundheitswesens angehört. *Quelle: Klartext 7.2009*

Gesetz zur Regelung des Assistenzpflegebedarfs. Der Deutsche Bundestag verabschiedete am 19. Juni 2009 ein Gesetz zur Regelung des Assistenzpflegebedarfs im Krankenhaus, das wichtige Verbesserungen für pflegebedürftige Menschen mit Behinderung beinhaltet. Mit dem Gesetz werden Erleichterungen für diejenigen festgelegt, die ihre Pflege nach den Vorschriften des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XII) durch besondere Pflegekräfte sicherstellen. So ist es künftig möglich, dass diesen Menschen die gewohnten Pflegekräfte auch für den Fall eines Krankenhausaufenthalts weiterhin zur Verfügung stehen. Die Kosten für Übernachtung und Verpflegung der Assistenzkräfte werden übernommen. Bei stationären Krankenhausaufenthalten zur Akutbehandlung, bei krankenhaushaus-

ersetzender häuslicher Krankenpflege sowie bei einer stationären Leistung zur medizinischen Rehabilitation wird entgegen der bisherigen Rechtslage das Pflegegeld für die gesamte Dauer bezahlt. Für die Dauer des stationären Krankenhausaufenthalts wird zukünftig auch Hilfe zur Pflege gewährt. Damit wird der Sozialhilfeträger, der bereits vor der Aufnahme des Pflegebedürftigen in ein Krankenhaus Leistungen erbringt, künftig zur Weiterleistung verpflichtet. In dem Gesetz ist auch vorgesehen, eine neue Leistungsform der „Hilfe für die Betreuung in einer Pflegefamilie“ zu schaffen. Pflegefamilien erhalten damit Pauschalsätze, wenn sie körperlich oder geistig behinderte Kinder und Jugendliche bei sich aufnehmen und dadurch ein Aufenthalt in einer vollstationären Einrichtung der Behindertenhilfe vermieden oder beendet werden kann. Als weitere Neuerung wird das Fach Palliativmedizin als Pflichtfach im Rahmen des Medizinstudiums in die Approbationsordnung aufgenommen. Das Gesetz passierte den Bundesrat am 10. Juli und tritt voraussichtlich Ende Juli 2009 in Kraft. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Gesundheit vom Juni 2009*

► Jugend und Familie

Anzahl der Kinder in Familien rückläufig. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes gab es im Jahr 2007 in Deutschland 8,6 Millionen Familien mit 13,8 Millionen Kindern unter 18 Jahren, im Durchschnitt also 1,61 Kinder pro Familie. Zehn Jahre zuvor waren es noch 1,65 Kinder. Die Ergebnisse beruhen auf dem Mikrozensus, einer repräsentativen Befragung von einem Prozent der privaten Haushalte. Als Familien galten dabei Eltern-Kind-Gemeinschaften mit mindestens einem Elternteil und einem minderjährigen Kind, unter Miteinbeziehung von Stief-, Adoptiv- und Pflegekindern. Die Statistik zeigt deutliche Unterschiede zwischen dem früheren Bundesgebiet (ohne Berlin) und den neuen Ländern (inklusive Berlin). So versorgte im Jahr 2007 eine westdeutsche Familie durchschnittlich 1,64 Kinder unter 18 Jahren. In Ostdeutschland waren es pro Familie nur 1,46 Kinder, wobei hier zwischen 1997 und 2007 auch ein starker Rückgang der Familien (um fast 31 %) und der von diesen Familien betreuten Kinder (um rund 34 %) zu verzeichnen war. Im früheren Bundesgebiet verringerte sich die Zahl der Familien im gleichen Zeitraum nur um zirka 3 % und die Zahl der dort lebenden Kinder um gut 5 %. *Quelle: Deutscher Städtetag 5.2009*

30 Jahre dokumentierte Fachdiskussion 30 Jahre Sozialwissenschaftliche Literaturdokumentation

- Onlinezugang in über 200 Hoch- und Fachhochschulbibliotheken
- Individuelle Beratung und Recherche mit Dokumentenlieferung

DZI SoLit

Deutsches Zentralinstitut für soziale Fragen/DZI

www.dzi.de

Sozialpädagogische Diagnose. Arbeitshilfe zur Feststellung des erzieherischen Bedarfs. Hrsg. Zentrum Bayern Familie und Soziales. Selbstverlag. München 2009, 168 S., keine Preisangabe *DZI-D-8740*

Bei Fällen einer Gefährdung des Kindeswohls ist es oft schwierig, das Risikopotenzial und den Hilfebedarf genau einzuschätzen. Um hier Unterstützung zu leisten, gibt das Bayerische Landesjugendamt seit dem Jahr 2001 Diagnose-Tabellen heraus, in denen wichtige Anhaltspunkte benannt und anhand altersspezifischer Beispiele konkretisiert werden. Im Vordergrund stehen die Grundversorgung in Bezug auf Gesundheit, Ernährung, Hygiene, Aufsicht und Obdach, die Situation der Familie und das Erziehungsverhalten der Eltern. Die aktualisierte Neufassung berücksichtigt die in den Jahren 2003 bis 2008 vom Institut für Kinder- und Jugendhilfe in Mainz erstellte Evaluation der früheren Arbeitshilfen und enthält im Anhang kommentierte Vordrucke zum Hilfeplan sowie weiterführende Literaturhinweise. Bestelladresse: Zentrum Bayern Familie und Soziales, Bayerisches Landesjugendamt, Winzererstraße 9, 80797 München, Tel.: 089/12 61-04, E-Mail: poststelle@zbfbs-blja.bayern.de

Anstieg von Inobhutnahmen im Jahr 2008. Der Begriff Inobhutnahme bezeichnet eine kurzfristige Maßnahme der Jugendämter zum Schutz von Kindern, die sich in akuten Gefahrensituationen befinden und aus diesem Grund für einige Stunden oder Tage in einer Pflegefamilie oder einer Heimeinrichtung untergebracht werden. Laut Informationen des Statistischen Bundesamtes lag die Zahl solcher Eingriffe im Jahr 2008 bei 32 300 und ist damit gegenüber dem Vorjahr um 4 100 (14,4 %) gestiegen. Im Vergleich zum Jahr 2005 ergab sich sogar eine Steigerung um 26 %. Zu beobachten ist auch eine sich verändernde Altersstruktur der in Obhut genommenen Minderjährigen, da die Jugendämter immer stärker den Schutz jüngerer Kinder im Blick haben. So hat sich der Anteil der Dreijährigen an allen in Obhut genommenen Kindern von 5 % im Jahr 2000 auf 10 % im Jahr 2008 verdoppelt, der Anteil der Drei- bis Achtjährigen stieg im gleichen Zeitraum von 9 auf 14 %. Anlass für die Inobhutnahme war in den meisten Fällen (44 %) eine Überforderung der Eltern. Bei 7 700 Kindern und Jugendlichen oder 24 % der Fälle waren Vernachlässigung oder Anzeichen für Misshandlung oder sexuellen Missbrauch festgestellt worden. Weitere Informationen im Internet unter www.destatis.de/publikationen, Suchwort „Inobhutnahmen“. *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 234/09*

Informationsportal zum Jugendschutz. Auf der neu eingerichteten Website www.jugendschutzaktiv.de informiert das Bundesfamilienministerium über sämtliche Fragen zum Thema Jugendschutz. Im Mittelpunkt steht dabei die Anwendung des Jugendschutzgesetzes im Hinblick auf den Aufenthalt Jugendlicher in Gaststätten, Diskotheken und Spielhallen, den Genuss von Tabak und Alkohol und die Nutzung tendenziell entwicklungsbeeinträchtigender oder jugendgefährdender Medien, wie zum Beispiel einige Kinofilme, Videofilme und Computerspiele. Die Internetseite wendet sich primär an Eltern und Erziehende sowie Veranstalter und Beschäftigte in Einzelhandel, Gastronomie und Tankstellengewerbe. Für diese enthält das Portal einen Schulungsfilm mit praxisnahen Anleitungen, eine

Klärung relevanter juristischer Fachausdrücke und zahlreiche Links zu den zuständigen Behörden, zu Kampagnen, Einrichtungen und Verbänden. Darüber hinaus ermöglicht ein Jugendschutzrechner mit einem Scroll-Menü zu den verschiedenen Altersgruppen und Themen eine rasche Orientierung über die betreffenden gesetzlichen Regelungen. *Quelle: Meldung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 3. Juli 2009*

Studie zur Internetnutzung von Kindern und Jugendlichen. Das Hamburger Marktforschungsinstitut Aris hat im Rahmen einer Studie des Bundesverbandes Informationswirtschaft, Telekommunikation und neue Medien (BITKOM) eine repräsentative Befragung zur Internetnutzung von Kindern und Jugendlichen vorgenommen, die ergab, dass die Internetuser immer jünger werden. Bereits 71 % der 7- bis 10-Jährigen gehen online, wenn im Haushalt ihrer Eltern ein Anschluss vorhanden ist. Von den 11- bis 14-Jährigen sind es 93 %, im Alter von 15 bis 17 Jahren sogar 99 %. Die Kinder und Jugendlichen chatten mit Freunden, surfen, bloggen, spielen und recherchieren für ihre Hausaufgaben. Viele beteiligen sich an Diskussionsforen oder stellen Fotos ins Netz. Für Eltern, Lehrerinnen und Lehrer ergibt sich die Aufgabe, die Kinder zu einem verantwortungsbewussten Umgang mit dem Internet anzuleiten und sie vor jugendgefährdenden Inhalten zu schützen. Dennoch sehen sich 31 % der Eltern nicht in der Lage, die Web-Aktivitäten ihrer Kinder zu kontrollieren, und 32 % sagen, es fehlten ihnen dazu konkrete Informationen. Der BITKOM und das Bundesfamilienministerium haben deshalb gemeinsam eine Reihe von Empfehlungen entwickelt, wie zum Beispiel die Einrichtung geschützter Surf-Räume, die Implementierung von Jugendschutzfiltern im Betriebssystem und die Nutzung geprüfter Kinder- und Jugendportale. Die Ergebnisse der Umfrage und die gemeinsamen Empfehlungen stehen unter www.bitkom.de im Internet. *Quelle: Pressemitteilung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 414/2009*

Ledige Väter. Nicht verheiratete Väter sind für ihre Kinder zwar unterhaltspflichtig, können aber auch weiterhin das Sorgerecht nicht erlangen, wenn die Mutter dem nicht zustimmt. Bündnis 90/Die Grünen hatte eine Initiative gestartet, um die Rechte lediger Väter zu stärken und ihnen die Möglichkeit zu geben, das gemeinsame Sorgerecht im Falle einer Ablehnung durch die Kindesmutter auf dem Rechtsweg einzuklagen. Die Koalitionsfraktionen sowie die Partei der Linken lehnten einen entsprechenden Antrag der Grünen ab, die Freien Demokraten enthielten sich der Stimme. *Quelle: Das Parlament 28/2009*

Internet- und Computerspiele. Nur zwei Tage nach der Bundestagsanhörung zur Prävention der Glücksspielsucht stand das Thema Online- und Rollenspielsucht im Mittelpunkt der Jahrestagung der Drogenbeauftragten der Bundesregierung. Internationale Referentinnen und Referenten aus Korea, China und den USA, aber auch Experten und Expertinnen aus Praxis und Forschung, Eltern spielsüchtiger Kinder und die Anbieter der im Mittelpunkt der Kritik stehenden Online-Rollenspiele nahmen an der Veranstaltung in Berlin teil. Onlinesucht ist international weiterhin nicht als Krankheit anerkannt. Doch Forscher und Forscherinnen gehen davon aus, dass 3 bis 4 % der

Jugendlichen in Deutschland täglich mehr als 4,5 Stunden am Computer spielen. Wesentliche Folgen dieses Rückzugs in virtuelle Welten sind der Verlust realer Sozialkontakte und die Vernachlässigung von Schule und Arbeit. Vor diesem Hintergrund wird nicht zuletzt der Ausbau von Therapieangeboten und Forschungsexpertise gefordert. Insbesondere die Experten und Expertinnen aus Südkorea, einem Land, in dem Jugendliche überdurchschnittlich exzessiv die mitunter sehr gewaltfördernden Online-Rollenspiele ausüben, berichteten, dass der Konsum beziehungsweise die Anzahl der Abhängigen durch die Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit der Regierung leicht abgenommen habe. Weitere Informationen und alle Vorträge finden sich auf der Website des Bundesministeriums für Gesundheit (www.bmg.bund.de) unter „Sucht und Drogen“. *Quelle: DHS-Newsletter vom 10. Juli 2009*

Betreuung von Kleinkindern. Bei der Zahl von Kindern unter vier Jahren, die in Kindertagesstätten und öffentlich geförderten Kindertagespflegestätten betreut werden, liegt Berlin weit über den Werten in den westdeutschen Bundesländern. Dies geht aus dem „Ländermonitor Frühkindliche Bildungssysteme 2009“ der Bertelsmann-Stiftung hervor. Betreut werden in Berlin 43 % der Einjährigen (Westdeutschland 9,5 %, Ostdeutschland 47,5 %), 76,9 % der Zweijährigen (West 25,2 %, Ost 75,2 %) und 91,8 % der Dreijährigen (West 80,8 %, Ost 92,6 %). Die Studie resümiert, dass die westdeutschen Länder das Tempo beim Ausbau von Angeboten verdoppeln müssen, wenn sie das Ziel des Kinderförderungsgesetzes noch erreichen wollen. Nach

diesem soll es dort bis zum Jahr 2013 Angebote für 35 % der unter Dreijährigen geben. Weitere Informationen unter www.-bertelsmann-stiftung.de. *Quelle: Paritätischer Rundbrief 7.2009*

Familienmonitor 2009. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat 2009 im zweiten Jahr in Folge das Institut für Demoskopie Allensbach mit einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zum Thema „Einstellungen und Lebensbedingungen der Familien“ beauftragt. Im Mittelpunkt der diesjährigen Befragung standen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und die Auswirkungen der Wirtschaftskrise auf die Familien. Die Fragen zum erstgenannten Thema ergaben eine weiterhin hohe Wertschätzung familienspezifischer staatlicher Leistungen. So halten 77 % das im Jahr 2007 eingeführte Elterngeld für eine gute Regelung. Zugleich werden die Partnermonate im Elterngeld immer beliebter: Im ersten Quartal 2009 nahmen bereits 18,4 % der Väter ihre Monate in Anspruch. Mit dem 2008 erweiterten Kinderzuschlag sind 90 % der Beziehenden zufrieden. 75 % aller Befragten schätzen ihre Familiensituation positiv ein, von den Eltern mit Kindern unter 18 Jahren wird dieser Wert noch übertroffen. Eine deutliche Mehrheit ist der Meinung, dass sich seit dem Jahr 2005 die Bedingungen für Familien mit Kindern verbessert hätten. Im Hinblick auf die Krise berichten 37 % der Befragten, ihr Betrieb sei bereits betroffen. Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen beabsichtigt, in der nächsten Legislaturperiode ein „Teilelterngeld“ einzuführen, mit dem Mütter und Väter in

Wir denken weiter.

Zum Beispiel für die Beurteilung von Investitionsentscheidungen.

Dafür haben wir ein Analyse-Paket entwickelt, das Ihnen Sicherheit gibt, Ihre beabsichtigte Investition in allen Belangen vorher durchleuchtet zu haben.

Sprechen Sie uns an. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.

www.sozialbank.de



Bank
für Sozialwirtschaft

der Phase des beruflichen Wiedereinstiegs durch eine Förderung von Teilzeitarbeit unterstützt werden sollen, um angesichts der schwierigen wirtschaftlichen Lage ihre Arbeitsmarktsituation zu verbessern. *Quelle: Presseinformation des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend vom 14. Juli 2009*

► Ausbildung und Beruf

Berufsbegleitende Zusatzausbildung „Spiel- und Theaterpädagogik“. Die Landesakademie für Jugendbildung in Weil der Stadt bietet ab April 2010 eine zweijährige Zusatzausbildung für den professionellen Einsatz von Spiel und Theater in allen Bereichen der Pädagogik, der Schule, der Sozialarbeit und der Erwachsenenbildung. Mit 48 Ausbildungstagen und 620 Lehreinheiten erstreckt sich das Angebot über elf Wochenenden und fünf drei bis sieben-tägige Kurseinheiten, davon eine in der Toskana. Hinzu kommt ein Praxisprojekt. Vermittelt werden verschiedene Stilmittel und strukturelle Elemente des Theaters, ein didaktisches Instrumentarium, Methoden der Körperarbeit und kreativitätsfördernde Umgangsformen. Um einen ersten Einblick zu ermöglichen, ist für Ende Oktober 2009 ein Schnupperkurs geplant. Weitere Informationen stehen im Internet unter www.jugendbildung.org. *Quelle: Information der Landesakademie für Jugendbildung 5.2009*

Neuer Frauenstudiengang Informatik und Wirtschaft. Im Wintersemester 2009/2010 beginnt an der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin der Frauenstudiengang Informatik und Wirtschaft mit einer praxisnahen Ausbildung in einer Regelstudienzeit von sechs Semestern. Auf dem Programm stehen neben technischem Know-how die Entwicklung und Realisierung von IT-Projekten sowie Projektleitung, Präsentationstechniken, Rhetorik und Karriere-management. Das Studium schließt mit dem akademischen Grad Bachelor of Science. *Quelle: <http://fiw.f4.htw-berlin.de>*

Sommeruniversität Ehrenamt in Köln. Bereits zum dritten Mal veranstaltet der Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln eine Sommeruniversität. Vom 28. September bis 2. Oktober 2009 haben Studierende und andere Interessierte die Möglichkeit, sich fach- und fakultätsübergreifend über das Themenfeld Ehrenamt, bürgerschaftliches Engagement und Freiwilligenarbeit zu informieren. Haupt- und ehrenamtlich Tätige sind ebenfalls eingeladen, an den Vorlesungen teilzunehmen und diese mit ihren Erfahrungen aus der Praxis zu bereichern. Anmeldungen sind bis zum 1. September möglich. Hauptamtliche bezahlen pro Vorlesung einen Beitrag von 10 Euro, für Ehrenamtliche ist die Teilnahme kostenlos. Weitere Informationen und Anmeldung unter www.ehrenamtnet.de/sommeruniversitaet_09/. *Quelle: BBE-Newsletter vom 8. Juli 2009*

23.-24.9.2009 Leipzig. Fachkongress: Provozieren – pöbeln – zuschlagen. Was steckt hinter der Jugendgewalt? Information: Die Kinderschutz-Zentren, Bonner Straße 145, 50968 Köln, Tel.: 02 21/569 75-3, E-Mail: die@kinderschutz-zentren.org, Internet: www.kinderschutz-zentren.org/leipzig2009

24.9.2009 Berlin. Tagung: Richtig eingestellt? Gratwanderung Neuroleptika. Information: Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e. V., Geschäftsstelle, Zeltlingerstraße 9, 50969 Köln, Tel.: 02 21/51 10 02, E-Mail: dgsp@netcolog.net, Internet: www.psychiatrie.de/dgsp

30.9.-1.10.2009 Köln. 7. Rheinischer Kongress für Gesundheitswirtschaft: Gemeinsam die Zukunft gestalten. Information: Rheinische Fachhochschule Köln gGmbH, Institut für Medizin-Ökonomie & Medizinische Versorgungsforschung, Schaevenstraße 1a/b, 50676 Köln, Tel.: 02 21/546 87-86, E-Mail: anmeldung@rfh-gwk.de, Internet: www.rfh-gwk.de

5.-7.11.2009 Hamburg. Jahrestagung: Raus aus dem Ghetto – rein ins Leben. Information: Deutsche Gesellschaft für Soziale Psychiatrie e. V., Geschäftsstelle, Zeltlingerstraße 9, 50969 Köln, Tel.: 02 21/51 10 02, E-Mail: dgsp@netcologne.de, Internet: www.psychiatrie.de/dgsp

7.-8.11.2009 Magdeburg. 8. DGVT-Praxistage der Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie: Vater, Mutter, Kind – ein Kinderspiel? Bezugspersonen in der Psychotherapie von Kindern und Jugendlichen. Information: Deutsche Gesellschaft für Verhaltenstherapie (DGVT) e.V., Postfach 13 43, 72003 Tübingen, Tel.: 070 71/94 34 34, E-Mail: awk@dgvt.de, Internet: www.dgvt.de

20.-21.11.2009 Neubrandenburg. Fachtagung: Sie kommen!!! Systemische Gesichter aufsuchender Hilfen in der Sozialen Arbeit. Information: Hochschule Neubrandenburg, Prof. Dr. Matthias Müller, Postfach 11 01 21, 17041 Neubrandenburg, Tel.: 03 95/569 34 49, Internet: www.tagung.hs-nb.de

1.-3.12.2009 Mainz. Systemischer Methodenworkshop: Strukturaufstellungen und weitere visuelle Techniken. Information: Katholische Fachhochschule Mainz, Institut für Fort- und Weiterbildung, Saarstraße 3, 55122 Mainz, Tel.: 061 31/289 44 43, E-Mail: ifw@kfh-mainz.de, Internet: www.kfh-mainz.de/ifw

3.-5.12.2009 Berlin. 15. Bundeskongress: Selbstbewusst Zukunft gestalten – Wegweisende Konzepte für heute und morgen. Information: Deutscher Verband der Führungskräfte von Alten- und Behinderteneinrichtungen e.V., Heinickeweg 15, 13627 Berlin, Tel.: 030/38 30 38 30, Internet: www.dvlab.de